



„Ich habe keine Glaskugel“

Corona. Ministerin Schramböck zu zweitem Lockdown: „Auch Israel hat sich das nicht vorstellen können“

K Interview

VON WOLFGANG UNTERHUBER

KURIER: Müssen die Menschen jetzt mehr Angst vor dem Virus oder vor einem Jobverlust haben?

Margarete Schramböck: Die Menschen sollen sich weder vor dem einen noch vor dem anderen fürchten. Aber es geht da auch um die Eigenverantwortung. Jeder kann mit dem eigenen Verhalten die Jobs der Eltern oder der Geschwister retten. Denn die meisten Ansteckungen geschehen im familiären Umfeld.

Und wenn die Zahlen noch weitersteigen?

Wir müssen die Zahl der Neuinfektionen unbedingt senken. Gerade die Reisealarmungen zeigen, dass diese nicht nur ein Thema für den Tourismus sind, sondern für die gesamte Wirtschaft.

Droht jetzt ein zweiter Lockdown?

Ich habe keine Glaskugel. Auch in Israel hat sich niemand einen zweiten Lockdown vorstellen können. Und mit Sorge blicke ich auch nach Tschechien oder New York und Madrid.

Das ist kein Nein. Aber ein zweiter Lockdown wäre der Tod für die Wirtschaft.

Natürlich muss ein zweiter Lockdown unter allen Umständen vermieden werden. Deshalb werden jetzt massiv Cluster rasch identifiziert und entsprechend isoliert.

Könnten Sie sich vorstellen, dass es außerhalb der eigenen vier Wände eine generelle Maskenpflicht gibt?

Welche Maßnahmen notwendig sind, ist Aufgabe des Gesundheitsministeriums. Ich sehe aber die Dringlichkeit, die Infektionen im privaten Bereich zu reduzieren.

Sie wollen eine Vorverlegung der Sperrstunde in Wien von 01.00 Uhr auf 22.00 Uhr. Rettet das die Wirtschaft?

Wien ist keine Insel, sondern eine der größten Städte in Europa mit einem entsprechenden Mobilitätsfaktor. Zehntausende Menschen pendeln trotz Homeoffice täglich nach und aus Wien. Das hat einen gewaltigen Impact. Auch auf die Wirt-

schaft. Gerade deswegen müssen in Wien die Infektionszahlen gesenkt werden. Da muss mehr getan werden.

Aber dann feiern die Leute halt privat weiter ...

Und genau da setzt die Eigenverantwortung ein. Jeder muss sich bewusst sein, dass es nicht nur um die eigene Gesundheit oder die der Mitmenschen geht. Da geht es auch um die Wirtschaft.

Wäre nicht der schwedische Weg auch ein Ansatz: Eigenverantwortung und offenlassen, was geht?

Ich bin weit vom schwedischen Weg entfernt. Die Todeszahlen dort sind enorm hoch und die Wirtschaft liegt dort ja am Boden. Unser Weg ist da sicher der bessere. Also eine Kombination aus generellen Maßnahmen und Eigenverantwortung.

Kommen wir zu den Hilfsmaßnahmen: Die Hälfte der 50 Milliarden ist bereits ausgegeben.

Das sehe ich nicht negativ. Es wurde viel Geld beansprucht, um konjunkturell positive Maßnahmen zu setzen. Ein Beispiel: Die bisher ausbezahlten 1,5 Milliarden an Investitionsprämien haben bereits 15 Milliarden an Folgeinvestments aus der Wirtschaft ausgelöst. Das wird noch mehr. Also trotz Krise wird mehr investiert.

Aber was, wenn die 50 Milliarden aufgebraucht sind?

Die Geschwindigkeit mit der die Gelder abgeholt und beansprucht werden, ist geringer geworden. Etwa im Bereich der Garantien.

Werden vielleicht gar nicht alle 50 Milliarden benötigt?

Das hängt von den Wintermonaten ab. Da wird es spezielle Maßnahmen brauchen. Sollten die 50 Milliarden tatsächlich nicht reichen, wird man nachschließen müssen.

Sie setzen zur Schaffung neuer Jobs voll auf die Digitalisierung. Soll eine arbeitslose Flugbegleiterin Programmiererin werden?

Wir müssen allen Menschen helfen, die jetzt durch die Krise in die Arbeitslosigkeit geraten sind. Wir haben 700 Millionen für Umschulungen bereitgestellt. Und ja: es er-

höht einfach die Chancen am Arbeitsmarkt, wenn man sich im Bereich der Digitalisierung ausbilden und schulen lässt.

Kommen wir zum Streit zwischen der Regierung und der EU wegen des Fixkostenzuschusses. Zunächst hatte die EU die direkten staatlichen Zuschüsse auf 800.000 Euro pro Unternehmen begrenzt. Nach Protesten vom Finanzminister sind es jetzt zwei Millionen.

Das zeigt Bewegung in die richtige Richtung. Wir wünschen uns fünf Millionen. Wir werden weiter Druck machen.

Sollte sich der Staat bei strukturell gesunden Unternehmen nicht vorübergehend beteiligen, bevor sie durch die Krise in die Pleite schlittern?

Wir haben durch verschiedene Maßnahmen wie etwa die Garantien versucht, das Eigenkapital in den Unternehmen zu stärken. Solche Mechanismen helfen eher als direkte staatliche Beteiligungen.

Es wird oft kritisiert, dass durch die Hilfspakete auch Firmen mitgetragen werden, die eigentlich insolvent sind.

Ich verstehe diese Kritik überhaupt nicht. Unsere Wirtschaft und die KMU waren vor der Krise sehr gesund. Im Durchschnitt gab es in Österreich in den vergangenen zehn Jahren 5.200 Insolvenzen pro Jahr. Das ist in Relation zu den Hunderttausenden Betrieben ein sehr geringer Anteil.

Wie lange dauert die Krise?

Dazu gibt es keine seriöse Antwort. Was ich aber sehe, sind weltweit die intensiven Anstrengungen der Forschung, um rasch Medikamente und Impfstoffe zu entwickeln. Das stimmt mich positiv.



schauTV

KURIER Talk
 Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck über einen zweiten Lockdown, Jobverlust und Stärkung der Wirtschaft.
8. 10. um 19.30 Uhr (WH alle 2 Std.) auf **schauTV, KURIER.at**

Debatte um „Austrian Limited“

Neue Kapitalgesellschaft: Notariatskammer schlägt Reform der GmbH vor

Gesellschaftsrecht. Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck will die Schaffung der „Austrian Limited“ vorantreiben. Dabei handelt es sich um eine neue Kapitalgesellschaft. Zielgruppe sind Start-ups. Gestern wurden dazu die Gespräche mit Justizministerin Alma Zadic gestartet. Bei der Gründung soll weniger Stammkapital als bei einer GmbH nötig sein, da die auch oft eine Hürde für die jungen Neugründer ist.

Gedacht ist bei der Limited an 5.000 Euro. Verankert ist das Thema bereits im Koalitionsvertrag. Schramböck argumentiert gegen-

über dem KURIER, dass damit eine unbürokratische Gründung mit Stammkapital-Ansparmodellen, digitalen Behördenwegen und Englisch als Amtssprache geschaffen werden soll. Gerade für internationale Investoren sind auch für Mitarbeiter sollte es die Möglichkeit für eine flexible Anteilsvergabe geben.

Skepsis bei Notaren

Notariatskammer-Präsident Michael Umfahrer sprach sich zuletzt im Start-up-Portal *brutkasten.at* gegen die Schaffung einer neuen Gesellschaftsform aus. „Denn bei den vorhandenen Kapi-

talgesellschaftsformen habe man die Sicherheit, auf eine gesicherte Rechtsprechung und ein gutes rechtliches Fundament bauen zu können“.

Außerdem sei die Gründung einer GmbH bereits höchst unbürokratisch und kostengünstig. Umfahrer verweist auf die sogenannte Gründungsprivilegierte GmbH, bei der zu Beginn auch nur 5.000 Euro einbezahlt werden müssen.

Umfahrer plädiert im Gegenzug dafür, das Mindeststammkapital der normalen GmbH generell (von 35.000) auf 10.000 Euro abzusenken. Im Justizministe-

rium betont man gegenüber dem KURIER, dass man Regelungen schaffen wolle, „die Rechtssicherheit bieten und den Schutz der Gründer, der Arbeitnehmer, aber auch der Gläubiger nicht vernachlässigen“. Österreich habe ein international anerkanntes hohes Niveau an Transparenz und Rechtssicherheit. „Und diesen Ruf werden wir erhalten, damit Österreich als Standort attraktiv wird und bleibt“, so das Ministerium. Zudem wird betont, dass die letzte große Reform im Kapitalgesellschaftsrecht bereits mehr als 100 Jahre her sei.

WOLFGANG UNTERHUBER



Schramböck mit Wirtschaftschef Unterhuber: „Lage ist ernst“